

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse:  
„Tageblatt“, Riesa.

**Amtsblatt**

Verlagspreis  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 10.

Freitag, 13. Januar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Ströda, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Tagesgeschichte.

Nach Mittheilungen aus parlamentarischen Kreisen versehen die sachlichen Gründe für die Militärvorlage namentlich bei den ehemaligen Kartellparteien ihre Wirkung nicht. Mancher Abgeordnete soll nach der „T. N.“ mit sehr viel größerer Bereitwilligkeit, auf die gestellten Forderungen einzugehen, aus den Ferien zurückgekehrt sein. Mag sich auch das Maß des Entgegenkommens erst im Laufe der Commissionsberatungen klar herausstellen, so scheint doch schon festzustehen, daß die Conservativen, die deutsche Reichspartei und die Nationalliberalen die Grundlagen des Entwurfes gutheißen und demgemäß die Nothwendigkeit einer bedeutenden Verstärkung des Friedensheeres über die gegenwärtige Präsenzzahl hinaus anerkennen werden. — Auch die „Münchener N. Nachr.“ stellen fest, daß neuerdings Anzeichen dafür hervortreten, daß man im Volke über die Militärvorlage nicht mehr so ganz abspredend urtheilt, als im Anfang. — Die Verhandlungen des Perversausschusses des Reichstages über die Militärvorlage sind durch eine große Rede des Reichskanzlers eingeleitet worden und vervollständigen wir unsere gestrigen Mittheilungen heute durch folgenden ausführlicheren Bericht. Caprivi erklärte: Er rechne auf den Tact und die Vaterlandsliebe der Anwesenden bei etwaiger Verwendung seiner Mittheilungen und wolle bis an die Grenze des Möglichen in seinen Eröffnungen gehen. Der Redner beleuchtet die allgemeine politische Lage in ähnlicher Weise wie es im Mémorandum gesehen. In Frankreich gähre es, ein prominenter Staatsmann sei zwar im Augenblick nicht da, doch das Entsetzen einer Diktatur darum nicht ausgeschlossen. Auch er halte, wie sein Vorgänger, die Erhaltung der Republik in Frankreich für das Erwünschteste. Seit dem letzten Kriege sei die Bevölkerungsziffer Frankreichs wieder im Wachsen. Auch Rußland sei im Aufsteigen und auf absehbare Zeit sei es der mächtigste Militärstaat Europas. Eine Feindseligkeit bestehe weder zwischen den Monarchen, noch zwischen den Regierungen und Staaten, wohl aber zwischen der öffentlichen Meinung. Der Reichskanzler erörtert sodann das Streben Rußlands nach Constantinopel und die Möglichkeit und die Aussichten eines Angriffes der Russen gegen die Türkei. Man sage nicht ohne Berechtigung, der Weg über den Balkan gehe nicht allein über Wien, sondern auch durch das Brandenburger Thor. Bei der Freundschaft Frankreichs mit Rußland müsse man auf einen Krieg nach zwei Fronten gefaßt sein. Nach Beleuchtung des Verhältnisses zwischen Rußland und Frankreich hebt Graf Caprivi hervor: Die Richtschnur unserer Politik sei und bleibe die Erhaltung der vollen Großmachtsstellung Oesterreich-Ungarns. Es wäre durchaus falsch, um augenblicklicher Vorteile willen uns Rußland gegen Oesterreich zu nähern. Höchstwahrscheinlich bestehen militärische Abmachungen — für Land und Wasser — zwischen Frankreich und Rußland. Auch auf Dänemark sei Rücksicht zu nehmen, wenn auch dessen König unser guter Freund ist. Die Erneuerung des Dreibundes nach dessen Ablauf ist allerdings zu hoffen, aber doch auch nicht absolut sicher. Das Bündniß mit Italien habe den Hauptzweck, die Südgrenze Oesterreichs gegen Frankreich zu sichern. An der Tüchtigkeit der österreichischen, wie italienischen Armee sei nicht zu zweifeln, wenn auch vielleicht noch organisatorische Schwächen bestehen. Unsere eigene organisatorische Schwäche kennen wir am besten, so bezüglich der so wichtigen Reserve divisionen, die nicht so leistungsfähig sein dürften, wie die französischen und russischen mit jüngerem Material. Bezüglich der Qualität der Truppen sei eine Schätzung in Friedenszeiten schwer, doch halte er die deutschen Truppen für die besten der Welt. Was die Marine betreffe, so sei unsere Flotte der russischen allein gewachsen, aber event. seien starke französische Schiffe nach der Ostsee zu erwarten um die Herrschaft Rußlands in der Ostsee mit factischem Vasallenthum Dänemarks zu erlangen. Im Mittelmeer sei Italien auf starke englische Unterstützung angewiesen, auch dann sei noch fraglich, wer event. siegen würde. Oesterreichs Landmacht sei für uns wesentlich wichtiger, besonders wenn Oesterreich den Kriegsschauplay nördlich der Karpathen verlege. Graf Caprivi schließt bei seinen Ausführungen auf eine Denkschrift des Grafen Molke vom Jahre 1879, deren Hauptinhalt er verliest. Er schildert dann eingehend die natürlichen Schwierigkeiten und Schwächen jeder Coalition. Der Hauptstoß der Gegner von beiden

Seiten würde jedenfalls gegen uns als die stärkste Macht des Dreibundes gerichtet sein. Für uns würde erfahrungsmäßig die Offensive geboten sein, die strategische Offensive schwäche aber numerisch bedeutend und erfordert daher eine erhebliche Uebermacht. Die Anwendung der sogenannten „inneren Linie“, von der aus man abwechselnd nach beiden Seiten operirt, sei für Deutschland nicht zulässig, wir können nicht erst bis Paris gehen und dann gegen Rußland. Ebenso sei die Etablierung eines „Volkstriege“ durch die Natur der norddeutschen Ebene unmöglich gemacht. Graf Caprivi stellt dann ausführlich die Stärkeverhältnisse der verschiedenen Armeen unter den verschiedenen möglichen Umständen einander gegenüber, aus welchen er folgert, daß Deutschland und der Dreibund in der Minorität sind. Ganz besonders sei unsere lange Obergrenze, ohne natürliche Vertheidigung nur durch Offensive zu halten. Die russischen Kriegsvorbereitungen gehen langsam aber stetig vorwärts. Die Politik braucht nicht nur Siege, sie braucht schnelle Siege. Schnelle Erfolge sind auch erforderlich mit Rücksicht auf die Bundesgenossen und auf die Neutralen. Die Politik erfordert auch kurze Kriege; endlich muß die Politik wünschen, daß der Erfolg nachhaltig sei, um auf lange Jahre die Erneuerung des Krieges zu verhüten. Alle diese Vorteile seien aber nur durch die Offensive zu erreichen. Die dazu berufenen Männer sind von der Ueberzeugung durchdrungen und erklären, daß die bisherigen Mittel nicht mehr genügen im Verhältnis zu der gewachsenen Stärke der Gegner; die verbündeten Regierungen können daher die Verantwortung mit der bisherigen Miltung nicht übernehmen und darum haben sie die Militärvorlage an den Reichstag gebracht. — Nach dieser zweistündigen Rede des Reichskanzlers vertagte die Commission die weitere Beratung auf Freitag Abend.

**Deutsches Reich.** Se Majestät der Kaiser ist, da die anbefohlene Truppenübung in Ettlingen wegen des inzwischen eingetretenen Blattes abgefaßt worden war, gestern Vormittag mittels Sonderzuges in Karlsruhe angekommen. Der Großherzog und die Prinzen des großherzoglichen Hauses empfingen den Kaiser am Bahnhofe und begrüßten ihn aufs herzlichste. Der Kaiser fuhr darauf in Begleitung des Großherzogs durch die reichgeschmückten Straßen nach dem Schloß, woselbst die Begrüßung Sr. Majestät von seiten der sächsischen Damen erfolgte.

Dortmund, 12. Januar. Der Führer der ausländischen Bergleute, Bunte, wurde nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gestern Abend auf Verlangen des ersten Staatsanwalts bei seiner Rückkehr von einer Agitationstour auf der Straße verhaftet. Die „Dortmunder Union“ stellte nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ den Petrius des Bessemerwerkes und der Räderfabrik wegen Kohlenmangels ein. Die beiden Fabriken werden vorläufig bis zum Montag stillstehen, wodurch 1000 Arbeiter brotlos werden.

Vom Reichstag. Abg. Lichtnecht begründete gestern die Interpellation wegen des Nothstandes; er verwies auf die Versammlungen von Arbeitslosen, auf die Zunahme der Conturrenz und auf die Berichte der Fabrikinspektoren. Die Gemeinden und ein Theil der Einzelstaaten hätten zur Bekämpfung des Nothstandes gehen, was sie thun konnten. Vor allem jedoch müsse das Reich die Initiative ergreifen. Der Nothstand sei international. Auch der Mittelstand leide. Redner citirte einen Artikel der „Leipziger Zeitung“, betitelt: „Die Schwindhucht des Mittelstandes.“ Das Deutsche Reich habe erklärt, es wolle die Führung in der Sozialpolitik übernehmen. Das müsse sich jetzt zeigen. Der Normalarbeitstag würde manche Schäden beseitigen. Redner besprach sodann den Bergarbeiterstreik. Die Existenz Deutschlands hänge nicht ab von den Soldaten, sondern vom arbeitenden Volke. Staatssekretär v. Bötticher erklärte, die Beseitigung von Nothständen sei zunächst Sache der Kommunen und der Einzelregierungen. Aus der Thatsache, daß diese beim Reich die Beseitigung des Nothstandes nicht beantragt hätten, sei der Schluß zu ziehen, daß der geschilderte Nothstand nicht existire. In einer Berliner Versammlung von Arbeitslosen sei der praktische Vorschlag, man möge sich an das Ministerium wenden, abgelehnt worden. Die vorhandenen Nothstände seien nicht derart, daß sie zu außerordentlichen Maßnahmen nöthigten. Im Jahre 1892 sei in der Industrie eine Steigerung eingetreten. Das ungünstige Ergebnis des preussischen Etats beweise nichts für den Nothstand. Der Minister wies

auf die Zunahme des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs hin. Allerdings müsse es den Behörden aus Herz gelegt werden, etwa vorhandene Nothstände zu beseitigen. Essentielle Arbeiten seien bereits in Angriff genommen. Der Saarbrücker Ausstand sei selbst und der ungerechtfertigte, der je vorgekommen sei. Die Arbeiter haben die Heber zu dem Streik für die Folgen verantwortlich zu machen. Rechtsbruch, Verletzung der Vertragstreue, Aufhebung gegen die Staatsgewalt und gegen das Gesetz haben in Deutschland keine Aussicht auf Erfolg. Die Socialdemokratie thue das Beste zur Beseitigung des Nothstandes, wenn sie die Bergarbeiter vom Streik abholte. Abg. Freiherr v. Stumm-Trier findet es unerhört, daß die Socialdemokraten, die durch Angrieffe des deutschen Export geschädigt und dadurch die Arbeitsgelegenheit vermindert haben, von der Regierung die Beseitigung des Nothstandes fordern. Diese Interpellation sei eine Ironie auf den Saarbrücker Streik. Die Bergarbeiterlöhne betragen das Dreifache des Lohnes der meisten Tagelöhner. Der Streik sei gewachsen, weil die Bergwerksverwaltung nicht sofort die nöthige Energie zeigte. Seine, des Redners, Arbeiter seien ruhiger, weil sie eine feste Hand über sich wissen. Wenn der Staat in seinen Betrieben keine Socialdemokraten dulde, würden die staatsverhaltenden Elemente bei den Bergleuten Gehör finden. Minister von Bodelschwingh konstatierte, der Streik sei hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß der Arbeiter-Rechtsschutzverein seine Macht zu Ende gehen ließ. Die Arbeiterführer betrubeten eine verbrecherische Frivolität, als sie den Streik hervorriefen. Die Behauptungen, daß in den staatlichen Bergbetrieben Hungerlöhne gezahlt werden, seien nicht als unerhört zu erwidern worden. Der neuen Arbeitsordnung nach betrage die reine Arbeitszeit 8 Stunden. Die Behauptungen über die schlechte Behandlung seien unerhört. Uebertreibungen. Während seiner dreijährigen Amtshaltigkeit als Minister sei keine Beschwerde an ihn gelangt. Der Einfluß des Rechtsschutzvereins auf die Arbeiter sei um so wunderbarer, als vier namhafte Führer wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern verhaftet seien. Daß der Streik beilegt wäre, wenn man den Arbeitern ein Ultimatum gestellt hätte, sei irrig; man hätte dann gegen 25 000 Arbeiter für immer ablegen müssen. Die Verwaltung habe die Agitatoren für immer abgelegt und die Belegschaften um etwa 2500 Mann vermindert. Ob diese für immer, das werde von deren Verhalten abhängen. Die Kritik des Herrn v. Stumm an der Bergverwaltung müsse die Autorität der Bergbehörden erschüttern. Der Streik werde dank dem ruhigen Verhalten der Behörden bald beendet sein, aber nicht durch Nachgeben gegenüber dem verbrecherischen Heben leichtfertiger Ausständiger. Abg. Pletten (Centrum) bezeichnet als den Hauptgrund des schlechten Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern die Verheerung der letzteren zu Agitationszwecken. Ein wirklicher Nothstand herrsche nur in der Landwirtschaft. Die namentlich durch die Verminderung des Fleischkonsums leide.

**Frankreich.** Man meldet der „Nat.-Ztg.“ aus Paris: In der gestrigen Gerichtsitzung hat der gerichtliche Sachverständige Flory folgende Bilanz der Panamagesellschaft mitgetheilt. Die gesammten Emissionen betragen 1 Milliarde 434 Millionen, welche also verwendet wurden: Gründungskosten 23 Millionen, Ankauf der Panama-Eisenbahn 93, Emissionskosten 104, Verwaltungskosten 100, Zinszahlungen 249, Ankauf von Immobilien 137, Kanalbau 550 Millionen. Als der Krach eintrat, war noch ein Actium von etwa 163 Millionen vorhanden. Derselbe Sachverständige hat berechnet, Eiffel habe an seinem 73 Millionen betragenden Baucontract 33 verdient, wovon ihm nach Abzug der Reinein, Hebrard und anderen Vermittlern gezahlten Commissionen über 20 Millionen verblieben seien.

## Vertliches und Sächsisches.

Riesa, 13. Januar 1893.

— Ein eigenartiges, buntbewegtes, farbenreiches Fest war es, das vorgestern der Gesangverein „Amphion“ in den Saalräumen des Bettiner Poles seinen Mitgliedern in einer veranstalteten „Bauernfirme“ bot und wenn den Herren Arranguren auch manche Mühe und manches